



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Anhörung zum Thema
**Förderung der Entwicklung des ländlichen
Raums: Beitrag der Zivilgesellschaft**

EWSA-Gebäude, 17. Februar 2005

Ausführungen von
Dr. Anne-Marie Sigmund,
*Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses*

Seul le texte prononcé fait foi
Check Against Delivery

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner Eigenschaft als Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses heiÙe ich Sie herzlich bei dieser Anhörung zum Thema "Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums: Beitrag der Zivilgesellschaft" willkommen.

Der Ausschuss hat sich seit jeher mit den Problemen der Entwicklung des ländlichen Raums befasst, und zwar umfassend, eingehend und proaktiv.

Dies geschah sowohl in Form von Initiativstellungen (zum Beispiel der Stellungnahme von Herrn RIBBE zur Zukunft der GAP oder derjenigen von Herrn STRASSER zur Konsolidierung des europäischen Agrarmodells) als auch mit Stellungnahmen auf Befassung, um deren Erarbeitung der Ausschuss nicht nur von Kommission und Rat ersucht wurde, sondern auch vom Europäischen Parlament, mit dem er sich zu den verschiedenen Reformen der GAP geäußert hat.

Das Dokument von Herrn BROS über den Vorschlag der Kommission für eine neue Verordnung für die Entwicklung des ländlichen Raums, das als Diskussionsgrundlage für das heutige Treffen dient, schließt sich demnach logisch an die vom Ausschuss bisher geleistete Arbeit an.

In diesem Zusammenhang hat sich die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments als besonders wertvoll erwiesen, der dankenswerterweise in der heutigen Anhörung vertreten ist.

Darüber hinaus möchte ich daran erinnern, dass der Ausschuss gerade im Zusammenhang mit Fragen der ländlichen Entwicklung auch vom Europäischen Parlament konsultiert wird.

Es scheint mir wichtig zu betonen, dass der Ausschuss das Thema der Entwicklung und Valorisierung des ländlichen Raums aus unterschiedlichen Blickwinkeln angegangen ist: beispielsweise dem der auf dem Land lebenden und in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen oder demjenigen der Junglandwirte oder auch dem der in stadtnahen Gebieten tätigen Landwirte.

Allen Arbeiten des Ausschusses in diesem Bereich ist eine Reihe von Überzeugungen gemein, die sich in einer langen und umfassenden Debatte herausgebildet haben und immer wieder und in kohärenter Weise in den Stellungnahmen des Ausschusses zur Entwicklung des ländlichen Raums zum Ausdruck kommen.

Es handelt sich dabei:

- um die Notwendigkeit, den zweiten Pfeiler der GAP im Hinblick auf die ländliche Entwicklung zu stärken;
- um die Anerkennung und Aufwertung der Junglandwirte;
- um die Durchsetzung eines ländlichen Konzepts, dass Frauen und Männern die gleichen Chancen garantiert;
- um die Versorgung des ländlichen Raums mit grundlegenden Strukturen und Infrastrukturen wie Schulen, Bibliotheken und Gesundheitsdiensten, um die Attraktivität des ländlichen Raums zu steigern und die Landflucht zu bekämpfen;

- um die Gewährleistung, dass die Politik für die Entwicklung des ländlichen Raumes auch weiterhin die Landwirte dabei unterstützt, den immer höheren Anforderungen gerecht zu werden, die die Gesellschaft an sie stellt (von der Qualität der Erzeugnisse, Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz, Wohlergehen der Tiere bis zum Erhalt der Landschaft und der mit dem ländlichen Raum verbundenen kulturellen Traditionen);
- um die Bedeutung der Bildung als eines der Schlüsselemente der ländlichen Entwicklung;

- sowie um die Wichtigkeit eines globalen Ansatzes gegenüber der ländlichen Entwicklung, wobei sowohl die Agrarfonds als auch die Strukturfonds umfassend genutzt werden, sämtliche Wirtschaftstätigkeiten (nicht nur die landwirtschaftlichen, sondern auch Handel und Dienstleistungen) gefördert werden und gleichzeitig die Umwelt geschützt wird.

Im November 2003 veranstaltete die Kommission in Salzburg eine Konferenz über die Zukunft der Gemeinschaftspolitik für die Entwicklung des ländlichen Raums mit Blick auf die Erweiterung der Europäischen Union.

Nach dem Vorbild der Konferenz von Cork für einen "lebendigen ländlichen Raum" konnten dort die wichtigsten an der Konzipierung und Durchführung der Politik für den ländlichen Raum beteiligten Akteure versammelt, eine Erklärung mit Vorschlägen zu den politischen Hauptleitlinien für die Zukunft verfasst sowie die Schwerpunkte für den Einsatz eines einheitlichen "Fonds für den ländlichen Raum" dargelegt werden.

Der Ausschuss war in Salzburg mit einer Mitgliederdelegation vertreten, der u.a. Herr Bros angehörte, der anschließend eine Initiativstellungnahme zum Thema "Entwicklung der ländlichen Gebiete:

Die Folgemaßnahmen zur Salzburger Konferenz" erarbeitet hat. In dieser Stellungnahme schlug der Ausschuss vor, die Überlegungen für die Anpassungen an der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007-2013 auf die Schlussfolgerungen dieser Konferenz zu stützen und dabei für Kohärenz zwischen der Regionalpolitik und dem zweiten Pfeiler der GAP zu sorgen und ihr Verhältnis zueinander auszuleuchten.

Wir stellen mit großer Zufriedenheit fest, dass sich der Kommissionsvorschlag, der Gegenstand der heutigen Anhörung ist, tatsächlich auf die drei auf der Salzburger Konferenz gesetzten Aktionsschwerpunkte stützt: eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, den Umweltschutz und den Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in den ländlichen Gebieten.

Wir freuen uns außerdem, dass unmittelbar nach der Veröffentlichung des Vorschlags für eine neue Verordnung über die Entwicklung des ländlichen Raums die Europäische Kommission die betroffenen Akteure ausführlich konsultiert hat, und der Ausschuss mehrfach Gelegenheit hatte, namentlich in den Beratenden Ausschüssen, seine verschiedenen Vorschläge vorzutragen.

Um mit den Worten von Herrn BROS aus seiner Stellungnahme zu sprechen: "Diese umfangreiche Anhörung verdeutlicht die offene Einstellung der Kommission, und der Ausschuss hofft daher, dass sie die im Zuge des Beschlussfassungsprozesses unterbreiteten Vorschläge zum Tragen bringen kann".

Abschließend wünsche ich dieser Zusammenkunft viel Erfolg und hoffe vor allem auf eine nutzbringende und lösungsorientierte Debatte, wie es bei dem stets pragmatisch denkenden Ausschuss üblich ist.
